

Rezension: Maria Wersig: Der lange Schatten der Hausfrauenehe. Zur Reformresistenz des Ehegattensplittings

Dingeldey, Irene

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dingeldey, I. (2013). Rezension: Maria Wersig: Der lange Schatten der Hausfrauenehe. Zur Reformresistenz des Ehegattensplittings. [Rezension des Buches *Der lange Schatten der Hausfrauenehe: zur Reformresistenz des Ehegattensplittings*, von M. Wersig]. *Femina Politica - Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, 22(2), 169-171. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-447522>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Maria Wersig

Der lange Schatten der Hausfrauenehe. Zur Reformresistenz des Ehegattensplittings

IRENE DINGELDEY

Das Ehegattensplitting beinhaltet eine Steuerermäßigung gegenüber Ledigen, die bei einer Ungleichverteilung der individuellen Einkommen wirksam wird und aufgrund der Steuerprogression mit der Höhe der Einkommen steigt. Aktuell werden die entsprechenden Steuervorteile aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes auf einen neuen Personenkreis ausgeweitet, so dass nun auch die eingetragenen LebenspartnerInnenschaften davon profitieren können. Die Parteien haben das entsprechend zu erwartende Urteil zum Anlass genommen, im Bundestagswahlkampf unterschiedliche Vorschläge zur nachhaltigen Reform zu unterbreiten: Während die CDU/CSU wie auch die FDP in Form einer Art Familiensplitting zusätzliche Steuererleichterungen für Familien mit Kindern einführen wollen, setzen SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf den Ersatz des Splittings durch einen Steuerfreibetrag für PartnerInnen – allerdings mit unterschiedlicher Applikation in Bezug auf bereits bestehende oder neu geschlossene Ehen sowie die Höhe des Haushaltseinkommens.

Für ein besseres Verständnis der verschiedenen Vorschläge und ihrer Verteilungswirkung wie auch für die Beurteilung der historischen Kontinuität der Argumente und Rechtfertigungen bietet die von Maria Wersig am Fachbereich Erziehungs- und Sozialwissenschaften der Universität Hildesheim verfasste Dissertation eine solide und umfassend recherchierte sowie durch ExpertInneninterviews angereicherte Grundlage. Der Anspruch der Arbeit ist es, eine transdisziplinäre wissenschaftliche Untersuchung zu den Auseinandersetzungen um das Ehegattensplitting seit dessen Einführung in den 1950er Jahren zu liefern. Die zentrale Fragestellung lautet, welche Faktoren bisher dazu beitrugen, eine Reform des Ehegattensplittings in Deutschland zu erschweren bzw. zu verhindern (17). Neben dem politischen Prozess zur Einführung des Ehegattensplittings wird vor allem das Scheitern einer Reform unter der Rot-Grünen Bundesregierung in der 14. Legislaturperiode detailliert untersucht. Die Publikation analysiert rechtliche Rahmenbedingungen sowohl mit Blick auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes als auch hinsichtlich der juristischen Definition der Ehe als Unterhaltsgemeinschaft wie auch den damit einhergehenden, mittlerweile selektiven Familienbegriff. Gleichzeitig berücksichtigt Wersig ausführlich die Verteilungswirkungen der mit den Reformvorhaben eingebrachten alternativen Steuermodelle sowie die Anreizwirkungen in Bezug auf die Erwerbstätigkeit von Frauen bzw. die Einverdienernehe. Ferner werden die politischen Faktoren zur Erklärung der Reformresistenz analysiert. In diesem Zusammenspiel beinhaltet

die vorgelegte Untersuchung ein umfassendes Bild dieses sehr komplexen Regelungsgegenstandes.

Im Ergebnis hebt die Analyse darauf ab, dass die Einführung des Ehegattensplittings 1958 nicht unumstritten war, sondern als historischer Kompromiss zu sehen ist. Dabei wurden – so die Autorin – geschlechterpolitische Interessen im Sinne einer Rückführung der Ehefrauen mittels des Steuerrechts in den Haushalt ebenso kontrovers diskutiert wie die Verteilungswirkung im Sinne einer Privilegierung der Besserverdienenden (144). Aktuelle Interpretationen, welche demografische Argumente oder die Steuervereinfachung für Familien als Gründe für die Einführung des Ehegattensplittings nennen, werden entkräftet. So sei die Einführung teuer, kompliziert und aufwendig gewesen. Zurückgewiesen wird auch das Argument, die Einführung des Splittings in seiner realisierten Form sei aufgrund des Verfassungsgerichtsurteils von 1957 alternativlos gewesen. Vielmehr habe Handlungsspielraum auch für andere Modelle der gemeinsamen Veranlagung bestanden (146, 151).

In der weiteren Analyse hebt die Autorin die Verteilungswirkung des Ehegattensplittings und die herrschende Verfassungsinterpretation als Mechanismen der Kontinuitätssicherung hervor (163ff). Dabei habe die Veränderung des Steuertarifs dazu beigetragen, dass eine Regelung, von der zunächst nur wenige Ehepaare profitierten, nunmehr Einverdienerehepaaren mit ungleichen Einkommen generell Steuervorteile verschafft – was eine Reform erschwere. Gleichzeitig werde der Verweis auf potentielle Urteile des Bundesverfassungsgerichtes vielfach genutzt, um die Reformagenda im Sinne des Status quo zu beeinflussen, obgleich die Rechtslage faktisch keine Unumkehrbarkeit der Zusammenveranlagung von Ehepaaren entlang des Splittingtarifs beinhalte (164).

Vor diesem Hintergrund nimmt Wersig schließlich das im Koalitionsvertrag der rot-grünen Regierung 1998 verankerte Ziel einer Kappung des Ehegattensplittings bzw. dessen Scheitern im Reformprozess bis 2002 ausführlich in den Blick. Entsprechend gilt nicht die – wie in zahlreichen Policy-Analysen als Hindernis für Wandel angenommene – verlorene Bundesratsmehrheit noch das Verfassungsrecht als Grund für ein Scheitern. Als zentrales Reformhindernis wird vielmehr der fehlende einheitliche Reformwille innerhalb der Koalition selbst gesehen. So seien die Verteilungswirkungen bzw. die Rücknahme von Steuervorteilen für Einverdienerehen vor allem bei den Steuerpolitikern der SPD ein Grund gewesen, die Reform des Splittings zu verhindern. Entsprechend wird insbesondere das Finanzministerium als Akteur hervorgehoben, der für ein Bewahren des Ehegattensplittings eintrat (211). Ferner sieht Wersig die Vermittlung der komplexen Verteilungswirkungen des Ehegattensplittings und der diskutierten Reformmodelle als Hemmnis für die Kommunikation und die Unterstützung der Reform durch die breite Öffentlichkeit, so dass auch wahltaktische Erwägungen für ein Scheitern verantwortlich waren.

Bezieht man die soweit dargestellten Ergebnisse nun auf die aktuelle Reformdebatte, sollte sich die Hoffnung der Reformbefürwortenden letztlich – wie auch von der Autorin angedeutet – vor allem auf den fortgesetzten Wandel der Geschlechterrollen,

Familienstrukturen und Erwerbsmuster konzentrieren. Demnach wäre eine Reform des Ehegattensplittings dann wahrscheinlich, wenn nur noch wenige Paare davon profitieren, da die Mehrheit bereits ohnehin das Zweiverdienermodell praktiziert. Insgesamt hat Maria Wersig mit dieser Publikation damit einen längst fälligen, umfassenden Überblick zu den Entstehungsbedingungen und Reformresistenzen des Ehegattensplittings vorgelegt, der sowohl für die Politikwissenschaft und die Wirtschaftswissenschaften als auch das normative Verständnis in den Rechtswissenschaften instruktiv sein dürfte.

Maria Wersig, 2013: Der lange Schatten der Hausfrauenehe. Zur Reformresistenz des Ehegattensplittings. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, 249 Seiten, ISBN 978-3-8474-0085-1.

Dagmar Fink, Birge Krondorfer, Sabine Prokop und Claudia Brunner (Hg.)

Prekarität und Freiheit? Feministische Wissenschaft, Kulturkritik und Selbstorganisation

MAGDALENA FREUDENSCHUSS

Die Publikationen zu Prekarität sind nicht zuletzt mit Bezug auf das wissenschaftliche und künstlerische Feld in den letzten Jahren zahlreich gewesen. Der Verband feministischer Wissenschaftlerinnen (VfW) in Österreich hat die Publikationslandschaft zu diesem Thema um einen Sammelband bereichert, der auf bestechende Weise die Reflexionen zum viel diskutierten Spannungsfeld zwischen Prekarität und Freiheit in Inhalt und Form feministisch erweitert. Die Bereicherung liegt insbesondere in der Gesamtkomposition des Bandes. Diese mag als spannendes Beispiel für eine feministische Wissensproduktion gelten, die ihr eigenes Schaffen und dessen strukturelle Bedingungen mit analytischer Schärfe kombiniert.

Die Herausgeberinnen haben sich dabei nicht für die sklavische Unterwerfung unter ein standardisiertes Format wissenschaftlicher Textproduktion entschieden, sondern Raum für eine Vielzahl an Zugangsweisen eröffnet, die eine sicht- und nachvollziehbare Verschränkung von eigener Erfahrung und kritischer Auseinandersetzung mit den entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnisse erlauben. *Uli Aigner* und *Jo Schmeiser* verknüpfen so – um nur ein Beispiel zu nennen – ihre eigenen Erfahrungen mit ihren künstlerisch-politisch-theoretischen Reflexionen in einem rekonstruierten Gespräch, in dem sie auch die Veränderungen in den gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen, hier konkret in der Förderlandschaft im Kulturbereich, the-